BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
DER LANDESJUGENDÄMTER UND ÜBERÖRTLICHEN ERZIEHUNGSBEHÖRDEN

Juni 1990

Überlegungen zur Neuorientierung der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit

- Beschluß in der 68. Arbeitstagung vom 25. bis 27.04.1990 in Hamburg -

1. Ausgangslage und Zielsetzung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter nimmt die Diskussion um den zunehmenden Verbreitungsgrad rechtsextremer und ausländerfeindlicher Orientierungen und Werthaltungen sowie den hohen Anteil von Nichtwählern in der Altersgruppe bis 24 Jahren zum Anlaß, um zu den gegenwärtigen Überlegungen um wirksame Gegenstrategien Stellung zu beziehen. Die folgenden Vorschläge zu einer Neuorientierung der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit sollen Hinweise für die Entwicklung praxisorientierter Umsetzungsstrategien liefern. Zum anderen gilt es, eine problematische Funktionszuweisung an Jugendhilfe und Jugendpolitik zu vermeiden. Die BAGLJÄ erhofft sich davon eine Qualifizierung der Diskussion und der Entscheidungsfindungen im Bereich der Jugendhilfe und Jugendpolitik.

2. Grundannahmen zur Entwicklung von politischem Extremismus und Desinteresse

2.1 Zu den gesellschaftlichen Bedingungen, die zur Entwicklung von politischem Extremismus und Desinteresse, die keineswegs nur die Jugend betreffen, führen können, sind zu zählen:

- Die Auflösung klassischer Orientierungsmilieus und die nachlassende Integrationskraft von Großorganisationen.
- Die Schwierigkeiten der Identitätsbildung durch unverbindliche Pluralität von Normen und Wertesystemen.
- Die Instabilität sozialer Beziehungen und das Gefühl des Auf-sich-allein-gestellt-Seins.
- Die perspektivische Verunsicherung durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, ökologische Bedrohung und wachsende internationale Verflechtungen.
- Die Ausweitung von Konkurrenzbeziehungen und der Trend zur Ellbogengesellschaft.
- Die Kluft zwischen unmittelbarer persönlicher Betroffenheit in den eigenen Lebensverhältnissen und der Komplexität parlamentarischer Entscheidungsprozesse.

Federführende Stelle: Landschaftsverband Rheinland - Landesjugendamt - Kennedy-Ufer 2, Postfach 21 07 20, 5000 Köln 21, Fernruf: 02 21/809-0

- Die Entwicklung der politischen Kultur in Parteien, Parlamenten und Regierungen, die viele Bürger, nicht nur Jugendliche, abschreckt, sich aktiv an der Gestaltung von Demokratie in Parteien, Verbänden und anderen Großorganisationen zu beteiligen.

- Die Glaubwürdigkeitskrise gegenüber Politik und Politikern, zu der tatsächliche und vermeintliche Skandale im politischen Alltag geführt haben.

- Das gebrochene Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte und damit zusammenhängend zu Ausdrucksformen für ihre gesellschaftliche Grundordnung, die auch emotionale Anteile befriedigen.

2.2 Insbesondere bei der Entstehung der Ausländerfeindlichkeit sind folgende Rahmenbedingungen als mitverursachend anzusehen:

- Die unterschiedliche Bewertung von Menschen, je nachdem, ob sie Übersiedler aus der DDR, EG-Staaten-Angehörige, Aussiedler oder Asylbewerber sind.

- Die dramatischen Engpässe in der Wohnraumversorgung in vielen Gebieten. Neu hinzukommende Nachfrager (Übersiedler aus der DDR, Aussiedler, Asylbewerber) führen insbesondere bei Bevorzugung in der Wohnungsvergabe zu Sündenbock-Theorien, die zumeist zu Lasten von ausländischen Wohnungssuchenden gehen.

3. Aufgabenstellung von Jugendhilfe und Jugendpolitik

3.1 Offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit ermöglichen Identitätsfindung und soziales Lernen. Gerade in ihrer Bedeutung für die soziale kommunale Infrastruktur können sie einen wesentlichen Beitrag zur Beheimatung und zur Indentitätsfindung von Kindern und Jugendlichen in ihrem konkreten Lebensumfeld leisten. Die finanzielle Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit ist damit eine wesentliche Grundvoraussetzung zur Vorbeugung gegen extremistische Strömungen unter Jugendlichen. Zu den infrastrukturellen Leistungen der Jugendhilfe gehören auch der bedarfsgerechte Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, besonders für 10- bis 14jährige, und Beratungsdiensten.

3.2 Jugendpolitik muß mehr sein als Jugendhilfepolitik. Sie muß sich um eine integrierende Betrachtungsweise aller auf Kinder und Jugendliche bezogenen Politikbereiche bemühen und sich als Anwalt in Entscheidungen zur Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wohnungsmarkt- und Ökologie-Politik einbringen.

4. Plädoyer für eine Neuorientierung der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit

4.1 Die politische Jugendbildung in der Jugendarbeit steht vor der zwingenden Notwendigkeit einer Neuorientierung. Die politische Jugendbildung muß u.a. auf folgende Krisenerscheinung reagieren:

- Zunehmendes Desinteresse an herkömmlichen Politikfeldern (besorgniserregender Anteil von Jugendlichen bei Nichtwählern, Nachlassen der Inanspruchnahme von Angeboten der außerschulischen politischen Jugendbildung).
- Zunehmende Radikalisierung der politischen Orientierung in bezug auf:
  * Ausländerfeindlichkeit (Rassismus, Nationalismus)
  * Ablehnung demokratischer Regelungsformen
  * Betonung des Rechtes des Stärkeren
  * Autoritäre Verhaltensmuster (Befehl-Gehorsam)
- Distanz zu Großorganisationen, Parteien und Gewerkschaften als Trägern der politischen Meinungsbildung.
- Zunehmende Ablehnung seminaristischer und strukturierter Vermittlungsformen in der außerschulischen Jugendbildung.

4.2 Verschiedene Elemente einer Neuorientierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind in der Broschüre der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter "Zur Zukunft der offenen Jugendarbeit" (erschienen Januar 1989) detailliert beschrieben. Sie gewinnen aufgrund zu beobachtender verstärkter extremistischer Strömungen bei Kindern und Jugendlichen zusätzliche Aktualität.

4.3 Folgende Elemente einer Neuorientierung werden als besonders wichtig angesehen:

Bei einem zunehmenden Verbreitungsgrad von nationalistischen, autoritären und ausländerfeindlichen Orientierungen unter Jugendlichen ist es nicht länger verantwortbar, Kinder- und Jugendarbeit mit einer Strategie der Ausgrenzung dieser "unbequemen" Jugendlichen zu betreiben. Ausgrenzung legitimiert sich vor diesem Hintergrund weder pädagogisch noch politisch, denn fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen sind weder organisierte noch in ihrer Verhaltensstruktur verfestigte Rechtsextremisten. Sie laufen allerdings Gefahr, gerade durch Ausgrenzung aus der Jugendarbeit

zu solchen gemacht zu werden. Beim harten Kern bereits organisierter Jugendlicher stößt Jugendarbeit jedoch eindeutig an ihre Grenzen.

Jugendliche Subkulturen sind auch im Grenzbereich gesellschaftlicher Normensysteme für viele Jugendliche ein letzter Ort der Identitätsbildung. Die Bewertung solcher Subkulturen muß von der Jugendarbeit grundsätzlich als Chance pädagogischer Einflußnahme gesehen werden. Die in diesem Zusammenhang sich anbietenden Arbeitsansätze mit unterschiedlichen Subkulturen sind in den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zur "Mobilen Jugendarbeit" vom Oktober 1986 differenziert dargestellt (Fanprojekte, Straßensozialarbeit, Stadtteilarbeit usw.). Gerade die unbeirrbare Gesprächsbereitschaft mit Jugendlichen, die von Ausgrenzung bedroht sind, sowie das Anbieten von Hilfen bei persönlichen Problemen können dazu beitragen, daß Jugendliche nicht von rechtsextremen Organisationen vereinnahmt werden können.

4.4 Im Hinblick auf die offensichtliche materielle Basis vieler Verunsicherungen Jugendlicher sind auch von der Jugendhilfe Projekte für arbeitslose junge Menschen sowie Initiativen zur Deckung des Wohnbedarfs verstärkt zu unterstützen. Zugleich hat die Jugendhilfe gerade auf diesen Gebieten ihre Anwaltsfunktion im politischen Bereich entschiedener wahrzunehmen. Die Herausforderungen durch den gemeinsamen europäischen Markt, die aktuellen deutschlandpolitischen Entwicklungen sowie die Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten können ansonsten die Ängste vieler Jugendlicher vor wachsender Konkurrenz und somit die Neigung zu rechtsextremen Orientierungen noch verstärken.

4.5 Das erhebliche erlebnispädagogische Defizit in einer überwiegend von Kindern und Jugendlichen als verplant empfundenen Gesellschaft darf nicht länger extremistischen Gruppierungen als Rekrutierungschance vorbehalten bleiben. Eine Verstärkung erlebnispädagogischer Anteile innerhalb der Jugendarbeit und Jugendbildung ist damit zwingend erforderlich. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die wichtige Funktion von Abenteuer- und Bauspielplätzen hinzuweisen sowie auf erlebnisorientierte Wochenendfreizeiten und Ferienangebote im Rahmen der Jugendarbeit. Zu warnen ist jedoch davor, Erlebnispädagogik rein instrumentell einzusetzen und allein auf deren emotionale Wirkung zu bauen. Entscheidend ist vielmehr der Gesamtzusammenhang, in dem sie praktiziert wird, ob die Jugendlichen also auch in ihrem Alltag Unterstützung und Denkanstöße erhalten.

Abenteuer und Wagnis dürfen nicht zu einem neuen Männlichkeitskult und zur Abwertung Schwächerer führen, sondern müssen den Jugendlichen die Erfahrung von Solidarität und Gemeinschaft gerade in schwierigen Situationen ermöglichen.

4.6 Rechtsextreme Orientierungsmuster betonen in der Regel auch die Vorherrschaft des Mannes. So nimmt es nicht Wunder, daß 2/3 der Wähler der neuen Rechtsparteien Männer sind und nur 1/3 Frauen. Vor diesem Hintergrund kommt der Mädchenarbeit im Rahmen der Jugendarbeit eine weitere Bedeutung zu. Im Oktober 1989 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zur "Förderung der Mädchenarbeit im Rahmen der offenen Jugendarbeit" Stellung genommen, von der sie sich positive Anregungen für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft verspricht. Gleichzeitig wurde gefordert, ebenfalls Konzepte für eine geschlechterspezifische Arbeit mit Jungen zu entwickeln, die es diesen ermöglichen, zu einem partnerschaftlichen und gleichberechtigten Verhältnis mit dem anderen Geschlecht zu finden.

4.7 Die Entwicklung einer Didaktik für eine ganzheitliche Arbeit in der politischen Bildung ist dringend erforderlich. Zunehmend mehr Jugendliche sind nicht bereit, eine politische Bildung für sich zu akzeptieren, die sich überwiegend in seminaristischer und curricularer Form oder über Vorträge und Podiumsdiskussionen vermittelt. Daraus sind Schlußfolgerungen für die außerschulische Jugendbildung zu ziehen. Dazu gehören insbesondere:

- Verstärkung projektorientierter Vermittlungsformen: Workshops Stadtteilerkundungen, Einbeziehung von Zeitzeugen, Spurensicherungs-Projekte, Videoproduktionen von Jugendlichen, Aktionen im Stadtteil usw.. Hierzu gehören auch Fahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts im In- und Ausland, doch ist ebenso wie bei der Erlebnispädagogik nicht das Mittel als solches, sondern die sorgfältige Einbettung in den Gesamtzusammenhang der laufenden Arbeit mit den Jugendlichen entscheidend. Die "Verordnung" des Besuches eines Konzentrationslagers durch einen Jugendgruppenleiter als Antwort z.B. auf Hakenkreuzschmierereien Jugendlicher kann sonst geradezu gegenteilige Wirkungen erzeugen.

- Politische Bildung muß an Alltagserfahrungen der Jugendlichen orientiert werden und darf nicht als abstrakte Institutionskunde ohne Bezug zur erlebten Wirklichkeit reduziert werden. Das heißt, sie muß im Alltag der Jugendgruppe oder der Jugendfreizeitstätte ihren Platz haben, sie muß auf konkrete Probleme im überschaubaren Gemeinwesen Bezug nehmen, sie muß deutlich machen, daß Konflikte in allen Bereichen der Gesellschaft die normale Gegebenheit sind und für ihre Austragung jener Normen und Institutionen bedürfen, die Demokratie konstituieren, und sie muß Jugendlichen Handlungsmöglichkeiten im politischen Raum eröffnen. Selbstverständlich gehören hierzu zunächst einmal auch ganz unverzichtbar die innere Demokratie im Jugendverband und in der Jugendfreizeitstätte selbst. Darüber hinaus sollten alle Ansätze von Selbstorganisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefördert werden.

- Die verstärkte Einbeziehung von Kultur- und Medienarbeit in die politische Bildung erweitert die Wahrnehmungs- und Ausdrucksmöglichkeiten.

- Entsprechend projektorientierter Arbeitshilfen, die zur Übertragung in Arbeitsfelder geeignet sind, müssen stärker als bisher dokumentiert und in die verschiedenen Arbeitsfelder verteilt werden.

- Im Fortbildungsbereich und auf örtlicher Ebene, z.B. in Stadtteil-AG's, ist eine Vernetzung von Jugendarbeit, politischer Jugendbildung und Schule unabdingbar. Die Erfahrungen belegen, daß dort, wo solche Vernetzung besteht, Interventionsmöglichkeiten extremistischer Jugendverbände und Parteien deutlich geringer sind.

4.8 Internationale Begegnungen stellen eine einmalige Chance interkulturellen Lernens dar. So hat die 2. europäische Jugendministerkonferenz im April 1988 betont, daß Jugendaustausch und wachsende Jugendmobilität zu den wichtigsten Strategien gehören, um die jungen Menschen auf die Zukunft vorzubereiten. Hier ist die Angebotsstruktur zu verbreitern. Insbesondere sind auch jüngere Jahrgänge als bisher üblich in solche Begegnungsprogramme einzubeziehen.

5. Schlußbemerkung

Extremismus und Desinteresse sind keine ausschließlichen Probleme der Jugend. Dennoch müssen Jugendhilfe, Schule und Jugendpolitik flankierende Strategien und Programme entwickeln. Die Kernherausforderungen zur Lösung des Problems liegen jedoch im allgemeinpolitischen Bereich, da es sich hier nicht in erster Linie um Probleme der Erziehung und Bildung, sondern der allgemeinen Lebensverhältnisse und der politischen Kultur handelt.

Werte, die von der Erwachsenengeneration nicht gelebt werden, lassen sich auch durch Erziehung nicht vermitteln, soziale Milieus in einer durch wachsende Mobilität geprägten Gesellschaft nicht durch Beschwörung von Gemeinschaftssinn rekonstruieren. Kinder und Jugendliche orientieren sich - positiv wie negativ - an dem, was die Erwachsenengeneration ihnen tatsächlich vorlebt, was dort zum Erfolg führt, welche Chancen ihnen die Gesellschaft eröffnet. In der gegenwärtigen Situation starken Wandels bedürfen Jugendliche ganz besonderer Förderung und Unterstützung. Jugendarbeit, Jugendhilfe und politische Bildung können zweifellos wichtige Beiträge zur Orientierung Jugendlicher leisten, sie dürfen aber nicht mit Erwartungen überfrachtet werden, politische und gesellschaftliche Probleme lösen zu sollen, oder als Alibi für politische Versäumnisse herangezogen werden.